

# Erklärung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV) e.V.

Das OKV mit über 20 Vereinen und Organisationen hat mit Empörung zur Kenntnis genommen, dass die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde GBM e.V. in einer beispiellosen Kampagne als „Stasi-Verein“ diffamiert wird und ihre Tätigkeit massiv behindert werden soll. Räumlichkeiten in öffentlichen Einrichtungen sollen nicht mehr zur Verfügung gestellt, jegliche Form der Zusammenarbeit und Unterstützung durch das Bezirksamt Lichtenberg von Berlin, in dessen Territorium sich die Bundesgeschäftsstelle befindet, soll eingestellt werden.

Die GBM ist Mitglied des OKV und gerade wegen ihrer nationalen und internationalen Arbeit auf dem Gebiet der Menschenrechte hochgeschätzt. Sie leistet einen angesehenen Beitrag in Friedensfragen und vertritt die Interessen diskriminierter Bürger in Ost und West. Ihr gehören Bürger aus allen Schichten der Bevölkerung an, selbstverständlich auch ehemalige Angehörige des MfS der DDR.

Der Versuch von Anti-Demokraten und von Politikern aus CDU und SPD, das Wirken der GBM zu behindern, ihre Tätigkeit

einzuschränken und Teile ihrer Mitglieder zu verunglimpfen, ist mit dem Grundgesetz der BRD unvereinbar. Er verstößt gegen Grundrechte der Nichtdiskriminierung, der Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Das OKV erklärt sich mit der GBM und anderen in diesem Zusammenhang genannten Organisationen solidarisch und fordert, jegliche Formen der Behinderung demokratischer Organisationen unverzüglich einzustellen.

Präsidium des OKV

Berlin, den 22.04.2008